

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 10:54
Aktenzahl: PGL-877150-2026-KGR/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.22

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE), Mag. Barbara Huemer (GRÜNE), Johann Arsenovic (GRÜNE), David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Vermögende einen fairen Beitrag zur Budgetkonsolidierung zahlen lassen

Untersuchungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt: In Konsolidierungsphasen, in denen sich Regierungen für neoliberale Austeritätspolitik entscheiden, geht die Schere zwischen Arm und Reich noch schneller auseinander, als sie es sonst schon tut. Während der Großteil der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen muss, werden die Reichen noch schneller reich. Diese Entwicklung ist keinesfalls ein Naturgesetz – sondern eine Auswirkung politischer Entscheidungen. Genau für diese Politik hat sich auch Bürgermeister Ludwig mit seiner rot/pinken Stadtregierung in Wien entschieden.

Ja, die Stadt Wien steht vor der Herausforderung, ihr Budget zu konsolidieren, da sonst Zins- und Strafzahlungen in Millionenhöhe einen immer größer werdenden Anteil des Budgets auffressen. Allein für 2026 rechnet die rot/pinke Stadtregierung mit Zinszahlungen von mehr als 280 Mio. €. (Auch diese Rahmenbedingungen sind keineswegs Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer massiv zu kritisierenden neoliberalen Politik, die konservative wie sozialdemokratische Parteien in Europa seit den 1990er-Jahren verfolgen.)

Konsolidierung bedeutet im ersten Schritt, die jährliche Neuverschuldung zu verringern, damit der Schuldenberg nicht mehr so schnell weiterwächst – und irgendwann eventuell sogar abgetragen werden kann. Die Reduktion der Neuverschuldung kann durch eine Verringerung von Ausgaben und/oder eine Erhöhung von Einnahmen geschehen. Was im ersten Moment abstrakt klingt, hat aber ganz reale Implikationen: Es macht nämlich einen gravierenden Unterschied, welche Teile der Bevölkerung die Kürzungen oder Erhöhungen treffen.

Die rot/pinke Stadtregierung hat sich entschieden, diese Herausforderung dadurch zu lösen, indem sie die neoliberale Politik fortsetzt und den Ärmsten unserer Gesellschaft durch brutalste Kürzungen Geld wegnimmt, bei zentralen Leistungen, auf die weite Teile der Bevölkerung angewiesen sind, kürzt und die Mittelschicht durch höhere Gebühren und Abgaben belastet. 2026 treten in Wien zahlreiche sozial benachteiligende Kürzungsmaßnahmen in Kraft. Insbesondere vulnerable Gruppen sind überproportional betroffen: Mindestsicherungsbezieher:innen, Alleinerzieher:innen, chronisch Kranke und suchtkranke Menschen. Zudem wird die breite Mitte der Gesellschaft etwa durch die Erhöhung des Wohnbauförderbeitrags, der Öffi-Tickets oder der Gebrauchsabgabe belastet.

Dieses ungerechte Vorgehen der Stadtregierung ist nicht alternativlos. Denn der kleine Teil der Bevölkerung, der jetzt schon im Überfluss lebt und viel leichter einen fairen Beitrag zur Budgetkonsolidierung beitragen könnte, wird gar nicht an der Konsolidierung beteiligt.

Und das, obwohl in Wien im Vergleich zum Rest von Österreich Privatvermögen besonders ungleich verteilt ist. Der Gini-Koeffizient lag 2020 in Wien bei 0,81 – im Rest von Österreich bei 0,7. Zudem liegt das Durchschnittsvermögen in allen Vermögensperzentilen im Rest von Österreich über dem von Wien. Besonders deutlich ist der Unterschied im 75. Perzentil: Hier besitzen Haushalte im Rest von Österreich mit im Schnitt 300.000 € drei Mal so viel wie Wiener Haushalte. (Quelle: https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/ri/ineq/Projekte/Verm%C3%B6gen_in_Wien/2020_dal)

Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen, dass eine derart starke Konzentration von Vermögen weit über individuelle Unterschiede hinauswirkt. Hohe Ungleichheit bremst das langfristige Wachstum, weil Investitionen in Bildung und Qualifikation breiter Bevölkerungsschichten ausbleiben. Gleichzeitig leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt – und mit ihm die Demokratie: Wo Reichtum extrem ungleich verteilt ist, sinkt das Vertrauen in Institutionen, politische Teilhabe wird ungleicher und der Eindruck verfestigt sich, dass Einfluss käuflich ist. Das ist kein abstrakter Befund, sondern hat konkrete Folgen für Stabilität, Legitimität und Lebensqualität in einer Stadt.

Es ist daher dringend notwendig, dass auch Vermögende einen fairen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Stadtregierung auf,

1. die einseitige Fokussierung auf Kürzungen öffentlicher Leistungen zu beenden und eine gerechte Einnahmenpolitik in den Mittelpunkt der Budgetkonsolidierung zu stellen;
2. Vermögende und Überreiche stärker zur Finanzierung der Stadt Wien heranzuziehen, insbesondere durch
 - die Einführung einer wirksamen Leerstandsabgabe,
 - die Einführung einer Freizeitwohnsitzabgabe,
 - sowie das konsequente Abschöpfen von Widmungsgewinnen;
3. weitere vermögensbezogene Instrumente zu prüfen und umzusetzen, darunter höhere Abgaben für übergroße und besonders ressourcenintensive Luxusfahrzeuge;
4. sich auf Bundesebene aktiv dafür einzusetzen,
 - dass die Grundsteuer kurzfristig angehoben und mittelfristig grundlegend reformiert wird, um die Einnahmenbasis der Gemeinden zu stärken, sowie
 - vermögensbezogene Steuern, insbesondere auf Millionenerbschaften, eingeführt werden.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Neuverschuldung der Stadt nachhaltig zu begrenzen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und die Finanzierung von Gesundheit, Bildung, Pflege und sozialer Sicherheit langfristig zu gewährleisten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 22.6.2026

Unterzeichner*innen:

Johann Arsenovic (GRÜNE); Mag. Barbara Huemer (GRÜNE); Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE); Georg Prack, BA (GRÜNE); Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE); David Ellensohn (GRÜNE)